

Tim Klüssendorf

Mitglied des Deutschen Bundestages

Berlin, 26.05.2023



Klüssendorf zu fairem Wettbewerb in Deutschland: „Müssen wieder zu echter sozialer Marktwirtschaft finden!“

Die hohen Preise in fast allen Lebensbereichen betreffen auch die Bürger:innen in Lübeck, Berkenthin und Sandesneben. Die Kostensteigerungen werden von der Wirtschaft mit den Folgen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine, insbesondere den steigenden Energiekosten, aber auch gestiegenen Lohnkosten begründet. Während es unbestritten ist, dass dies wichtige Faktoren in der Preisbildung sind, so verstärkt sich inzwischen der Eindruck, dass ein anderer eine noch größere Rolle spielt. Versteckt unter dem Deckmantel der Inflation scheinen Konzerne ihre Gewinnmargen stetig auszuweiten und damit selbst zum stärksten Treiber der Inflation zu werden.

Zu diesem Ergebnis kommen unter anderem Expert:innen der Europäischen Zentralbank (EZB). Möglich ist diese Form der Preissetzung durch Unternehmen insbesondere auf Märkten, in denen der Wettbewerb nicht ausreichend funktioniert. Diesen Entwicklungen will die Bundesregierung nun mit einer Novelle des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) vorbeugen.

Der direkt gewählte Lübecker Bundestagsabgeordnete Tim Klüssendorf sprach hierzu in der zurückliegenden Sitzungswoche im Deutschen Bundestag und erläuterte: „Unter mangelndem Wettbewerb leiden vor allem Verbraucher:innen, gerade während Inflation. Nehmen wir als Beispiel den Mineralölsektor: Wir haben ein Szenario weniger Anbieter in einem Markt mit hohen Gewinnmargen. Der Markt verfestigt sich zum Nachteil der Endkund:innen und die Unternehmen können hohe Preise setzen. Auch deshalb ist der Tankrabbat der Bundesregierung nicht vollständig an die Verbraucher:innen weitergegeben worden.“

Kund:innen können bei den aktuellen Preissteigerungen kaum durchschauen, ob diese nun auf die gestiegenen Energiepreise oder lediglich höhere Profitziele zurückzuführen sind - die Firmen haben es somit leicht, Preissteigerungen durchzusetzen. Berechnungen des Dresdner Ökonom Joachim Ragnitz bestätigen dies am Beispiel der Preise in der Landwirtschaft: Diese stiegen im vergangenen Jahr um knapp 35 Prozent, davon gingen 14 Prozentpunkte auf höhere Kosten für Energie, Saatgut sowie weitere Güter zurück, anderthalb Prozentpunkte auf höhere Löhne – und 19 Prozent auf ausgeweitete Gewinne. Ähnlich ist die Lage in Baugewerbe und Handel, auch im Lebensmitteleinzelhandel.

Klüssendorf erläutert weiter, was gegen die derzeitigen Entwicklungen getan werden muss:

„Wichtig für die kommenden Jahre ist jetzt, dass wir mit stärkerem, funktionierendem Wettbewerb dafür sorgen, dass Unternehmen Preise nicht mehr derart gestalten können. Wirksamstes Mittel gegen Preissteigerungen ist vermehrter Wettbewerb - deshalb sind Verbesserungen des Wettbewerbsrechts, wie heute diskutiert, so zentral. Denn: Fairen Wettbewerb zu gewährleisten, ist Grundvoraussetzung für eine funktionierende soziale

Marktwirtschaft. Die Ballung wirtschaftlicher Macht und unsoziale, wettbewerbsbeschränkende Vorgänge auf Märkten sind genau die Auswüchse einer Marktwirtschaft, die in unserem System keinen Platz haben dürfen. Wir müssen als Staat solchen Entwicklungen voraus sein und präventiv, proaktiv statt nur reaktiv handeln. Mit der GWB-Novelle setzen wir nun genau hier an, denn der Markt regelt sich eben nicht von selbst – der Staat muss im Interesse der Allgemeinheit rechtzeitig eingreifen können. Allgemein kann man auch sagen: Wir müssen wieder zu einer echten sozialen Marktwirtschaft finden. Wir müssen dafür sorgen, dass das Wohlstandswachstum bei allen ankommen kann und sich nicht per se immer stärker auf einige Wenige konzentriert.“

Kontakt für Rückfragen: Jakob Jürß, Pressereferent

tim.kluessendorf.ma02@bundestag.de

030 227 71640 | 0151 51958212

Platz der Republik 1, 11011 Berlin